



AUSGABE 95  
August 2011

# ANALYSEN & ARGUMENTE

## Warum brauchen wir den Euro?

GUTE GRÜNDE UND POPULÄRE IRRTÜMER

Ein Plädoyer von  
Céline-Agathe Caro | David Gregosz

Die Eurozone steht vor einer großen Bewährungsprobe. Einige ihrer 17 Mitgliedstaaten können sich aus eigener Kraft nicht mehr auf den Finanzmärkten refinanzieren und benötigen deshalb die Unterstützung der anderen Euroländer, der Europäischen Union (EU) und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Sachlage veranlasst einige Beobachter zu der Schlussfolgerung, der Euro sei gescheitert und Deutschland müsse Konsequenzen ziehen. In einem Austritt aus der Eurozone sehen Kritiker eine bessere Lösung als in der Behebung der Schwachstellen der Währungsunion. Dabei werden die handfesten Vorteile der Gemeinschaftswährung für Deutschland leichtfertig ausgeblendet und Defizite überhöht. Es gibt gute Argumente, die für den Euro sprechen. Diese aufzuzeigen und populäre Irrtümer auszuräumen, ist Ziel dieses Beitrags.

### Ansprechpartner

Dr. Céline-Agathe Caro  
Koordinatorin für Europapolitik  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 09  
E-Mail: celine.caro@kas.de

Dipl.-Pol. David Gregosz, B. Sc. (VWL)  
Kordinator für Grundsatzfragen/Ordnungspolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 16  
E-Mail: david.gregosz@kas.de

### Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)

ISBN 978-3-942775-49-6



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



## **INHALT**

- 3** | GRUND 1: DER EURO IST IM VERHÄLTNIS ZU ANDEREN WELTWÄHRUNGEN STABIL.
- 3** | GRUND 2: DER EURO SCHÜTZT BESSER ALS DIE D-MARK VOR GELDENTWERTUNG.
- 4** | GRUND 3: DER EURO BESCHERT DEUTSCHLAND ENORME ÖKONOMISCHE VORTEILE.
- 4** | GRUND 4: DER EURO IST EIN VEHIKEL FÜR DIE VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DIE VERTIEFUNG DES EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSPROZESSES.
- 5** | GRUND 5: DEUTSCHLANDS GLOBALER EINFLUSS ALS TEIL DER EUROPÄISCHEN UNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG IST GRÖßER.
- 5** | IRRTUM 1: DEUTSCHLAND IST DURCH DEN EURO DER ZAHLMEISTER EUROPAS.
- 6** | IRRTUM 2: DIE WIEDEREINFÜHRUNG DER GRIECHISCHEN DRACHME WÄRE FÜR DEUTSCHLAND BILLIGER.
- 7** | IRRTUM 3: EIN AUSTRITT AUS DER WÄHRUNGSUNION WÄRE FÜR DEUTSCHLAND DAS BESTE.
- 7** | FAZIT



Die europäische Gemeinschaftswährung bietet Deutschland, einer Handelsnation im Zentrum des europäischen Kontinents, viele Vorteile ökonomischer aber auch politischer Art. Fünf wichtige Argumente zugunsten der gemeinsamen Währung lassen sich zusammentragen. Sie begründen, warum der Euro beibehalten werden sollte.

### **GRUND 1: DER EURO IST IM VERHÄLTNIS ZU ANDEREN WELTWÄHRUNGEN STABIL.**

Der Begriff „Euro-Krise“ vermittelt den Eindruck, es gäbe ein Problem mit der gemeinsamen Währung. Das ist irreführend, denn das Problem liegt nicht beim Euro selbst. Zwar kann zu Recht auf Mängel in der Architektur der Währungsunion hingewiesen werden, primär ist die gegenwärtige Krise aber Folge der hohen Staatsverschuldung einzelner Länder. Auch wenn die Staatsschulden die Gemeinschaftswährung belasten, ist der Euro im Vergleich zu anderen Weltwährungen stabil und nach wie vor die zweitwichtigste Währung der Welt. Bezeichnend dafür ist zum Beispiel, dass es bis jetzt keine starke Abwertung des Euro gab. Staaten halten einen zunehmenden Anteil ihrer weltweiten Devisenreserven in Euro, was für ihr Vertrauen in die Stabilität der Währung spricht. Während der Anteil des US-Dollar an den Devisenreserven seit 1999 um rund 10 Prozentpunkte zurückging, hat sich der Anteil des Euro im selben Umfang erhöht.

Ein stabiler Wechselkurs des Euro ist wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung der EU-Länder, weil er die Investitionssicherheit und damit die Wachstumsperspektiven erhöht. Für Unternehmer ist es nötig, langfristig planen zu können. Sowohl ihre Produktionsfaktoren wie Rohstoffe und Einzelteile werden importiert und hängen daher direkt vom Wechselkurs ab. Auch ihr Erfolg auf den Absatzmärkten wird vom Wechselkurs bestimmt. Wertet die Währung unerwartet auf, werden ihre Produkte im Ausland teurer – der Absatz geht zurück. Ein stabiler Wechselkurs erleichtert daher langfristige Investitionen und fördert das Wirtschaftswachstum. Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, diese Errungenschaft aufrechtzuerhalten. Dafür muss eine entscheidende Ursache der so genannten Euro-Krise, die hohe Staatsverschuldung in der Eurozone, bekämpft werden. Die Solidität der öffentlichen Haushalte bildet den Kern eines stabilen Euro, deshalb müssen die Mitglieder der Eurozone zu einer soliden Haushaltspolitik zurückfinden, Strukturschwächen in ihren Volkswirtschaften beseitigen und die Fundamente der Währungsunion stärken.

Bei allen Defiziten, die noch existieren: Vergleicht man die Eurozone mit anderen Weltregionen – etwa den Vereinigten Staaten von Amerika – können die Staaten des europäischen

Währungsverbundes bereits erste Erfolge bei der Rückführung angehäufter Staatsschulden nachweisen. Auch unliebsame Strukturreformen werden nun allerorten angegangen.

### **GRUND 2: DER EURO SCHÜTZT BESSER ALS DIE D-MARK VOR GELDENTWERTUNG.**

Der sagenhafte Ruf der D-Mark als „harte Währung“ begründete sich durch ihren im historischen Vergleich geringen Wertverlust. Im Jahr 1999 ging die nationale Verantwortlichkeit für die Geld- und Wechselkurspolitik vollständig auf die Europäische Zentralbank (EZB) über. Seither müssen die Zinsentscheidungen der EZB auf einen heterogeneren Wirtschaftsraum ausgerichtet werden. Dies heißt aber nicht, dass die gemeinsame Währung schlechter als die D-Mark vor Geldentwertung schützt.

Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn die Bargeldeinführung des Euro im Jahr 2002 die Wahrnehmung der Konsumenten verzerrte. Der Grund: Im Zuge der Währungsumstellung rundeten viele Einzelhändler und Gastwirte großzügig auf. Dass die „gefühlte“ Inflation damals sehr hoch war, zeigte sich am Schimpfwort „Teuro“. Der Begriff machte vor dem Hintergrund steigender Preise die Runde. Allerdings lässt sich nicht an einigen Lebensmittelpreisen die Preisstabilität der Währung festmachen.

Die in der Bevölkerung wahrgenommene Inflation war seit der Euro-Einführung fast immer deutlich höher als die tatsächliche. Im Jahr 2002, als die Euro- die D-Mark-Scheine ersetzen, lag die tatsächliche Geldentwertung bei 1,5 Prozent, die empfundene aber bei rund zwölf Prozent. Der gravierende Unterschied lässt sich dadurch erklären, dass bei der „gefühlten“ Inflation ein Warenkorb berücksichtigt wird, der vor allem aus häufig konsumierten Artikeln besteht. Langfristige Anschaffungen wie Autos oder regelmäßige, hohe Ausgaben wie die Miete werden dabei schlicht vernachlässigt. Sie sind aber Bestandteil des statistischen Warenkorbes, der zur Ermittlung der Inflationsrate dient. Auch wird die Wahrnehmung einer Geldentwertung dadurch verstärkt, dass viele Euro-Preise noch heute mit D-Mark-Preisen verglichen werden, die mittlerweile über zehn Jahre alt sind.

Nach einer Analyse des Bundesverbands deutscher Banken liegt die Inflation in Deutschland seit Einführung der Gemeinschaftswährung 1999 durchschnittlich bei circa 1,5 Prozent pro Jahr. Das ist auch im Vergleich zu den fünf D-Mark-Jahrzehnten zuvor wenig. Von 1949 bis 1998 lag der durchschnittliche Wertverlust des Geldes bei rund drei Prozent pro Jahr. Bislang ist der Euro damit deutlich stabiler als die D-Mark.



Auch den Vergleich mit der weltweiten Leitwährung Dollar muss die Gemeinschaftswährung nicht scheuen. In der Eurozone lag die Inflationsrate von 1999 bis 2009 bei durchschnittlich 2,1 Prozent. Im selben Zeitraum waren es in den USA im Schnitt 2,5 Prozent. So gering der Unterschied der beiden Zahlen erscheinen mag, so gravierend ist der Effekt: Der Dollar hat binnen eines Jahrzehnts rund 20 Prozent mehr an Kaufkraft eingebüßt als der Euro. Darüber hinaus erreichte die D-Mark ihren historischen Höchststand gegenüber dem Dollar im April 1995. Damals war eine D-Mark rund 74 US-Cent wert. Umgerechnet auf einen Euro entsprach dieser Wechselkurs gut 1,43 Dollar. Dies bedeutet, dass der Euro derzeit im Bereich des Allzeithochs der D-Mark notiert.

### **GRUND 3: DER EURO BESCHERT DEUTSCHLAND ENORME ÖKONOMISCHE VORTEILE.**

Durch den Wegfall des Geldumtauschs wurde das Zahlen und Reisen im gesamten Euroraum vereinfacht. Es ist von großem Wert, dass keine Wechselgebühren mehr anfallen und Preistransparenz geschaffen wurde. Tausende von Reisenden und Studenten profitieren jedes Jahr davon. Auch für die deutsche Wirtschaft ist es ein großer Vorteil, dass der gemeinsame Binnenmarkt mit einer Währung organisiert wird. Seit Einführung der gemeinsamen Währung haben deutsche Unternehmen viele Milliarden Euro gespart, weil Absicherungsgeschäfte gegen Fremdwährungsrisiken und Währungsschwankungen wegfielen.

Die gemeinsame Währung hat außerdem zu einem regelrechten Exportboom innerhalb der Eurozone geführt. Aufgrund ihrer Produktions- und Dienstleistungspalette profitierten insbesondere deutsche Unternehmen davon. Sie exportierten im Jahr 2010 knapp die Hälfte ihrer Waren und Güter in die Länder der Eurozone. Auch die Importe aus der Eurozone stiegen. Durchschnittlich wuchsen die deutschen Exporte in die Euroländer zwischen 1990 und 1998 um gut drei Prozent pro Jahr, im Zeitraum von 1999 bis 2003 verdoppelte sich das Wachstum auf jährlich 6,5 Prozent und von 2003 bis 2007 schnellte es sogar auf mehr als neun Prozent hoch.

Insbesondere in der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat der Euro Deutschland, der größten Exportnation in Europa, geholfen. Ohne ihn hätte es eine deutliche Aufwertung unserer nationalen Währung mit negativen Effekten für unsere Exportwirtschaft gegeben. Der Euro ist für Deutschland im Moment sogar etwas unterbewertet, was auch dazu beiträgt, dass die deutsche Wirtschaft besser als viele andere Volkswirtschaften aus der Krise gekommen ist. Die staatliche Förderbank KfW hat in einer Berechnung im

Juli 2011 nochmals unterstrichen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den Jahren 2009 und 2010 ohne den Euro deutlich schlechter ausgefallen wäre.

### **GRUND 4: DER EURO IST EIN VEHIKEL FÜR DIE VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DIE VERTIEFUNG DES EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSPROZESSES.**

Die Geschichte der Europäischen Integration lässt sich als Geschichte einer immer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit lesen. Sie war stets die Triebfeder der Einigung Europas und jede Integrationsetappe war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Erfahrungsgemäß führte die Überwindung dieser Schwierigkeiten immer wieder zu einer weiteren Vertiefung, und – noch wichtiger – zu neuer wirtschaftlicher Dynamik. Der Euro ist für alle Bürger der Eurozone konkreter Beleg dafür, dass die europäischen Länder zusammenwachsen und eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Damit ist die Währung eines der größten Symbole für den politischen Willen, in einer globalisierten Welt enger zusammenzuarbeiten, um Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die Menschen auf dem Kontinent zu sichern.

Je enger Länder kooperieren, desto größer ist auch der wirtschaftliche Austausch und desto geringer ist tendenziell die Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund gehören der europäische Binnenmarkt und die gemeinsame europäische Währung zusammen und sind gerade für Deutschland so wichtig: Zwischen Schleswig-Holstein und Bayern hängt heutzutage fast jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export ab. Seit Einführung der gemeinsamen Währung hat die deutsche Wirtschaft überdies mehr als 100 Milliarden Euro in der EU investieren können, mit entsprechenden Impulsen für Wachstum und Arbeitsplätze in der Union.

Ein beträchtlicher Teil der EU-Ausgaben hat durch die Strukturfonds außerdem geholfen, unterentwickelte Volkswirtschaften zu stärken. Dieser Konvergenzprozess vollzieht sich zwar langsam, nichtsdestotrotz profitiert Deutschland gleich doppelt. Zum einen verkaufen hiesige Firmen mehr Waren dorthin. Zum anderen erhalten Millionen Europäer in ihrer Heimat eine Perspektive. Sie müssen nicht ihr Land verlassen, um eine Arbeit in anderen EU-Ländern aufzunehmen.

Es ist die historische Verantwortung der kommenden Generationen, den europäischen Einigungsprozess fortzusetzen. Eine Auflösung der gemeinsamen Währung oder bereits ein Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone wäre ein herber Rückschlag für die Integrationsgeschichte der Europäischen Union.



## **GRUND 5: DEUTSCHLANDS GLOBALER EINFLUSS ALS TEIL DER EUROPÄISCHEN UNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG IST GRÖßER.**

Eine Renationalisierung der Währung würde vermutlich zu einer Renationalisierung der Politik führen. Wenn die Nationalstaaten dann zum Beispiel gegen die Folgen einer schweren Wirtschaftskrise kämpfen, würden sie mit großer Wahrscheinlichkeit eigene Interessen konsequent über europäische stellen. Eine Rückkehr zu den nationalen Währungen in Europa könnte der Beginn der Auflösung des europäischen Vertragswerks sein, das die Entwicklung hin zu nationalen Lösungen beschleunigen würde. Damit würde der Einfluss Deutschlands und Europas in der Welt abnehmen.

Heute und auch zukünftig werden die europäischen Staaten mit Herausforderungen konfrontiert sein, die sie am Besten gemeinsam meistern können. Das betrifft zum Beispiel die Klima- und Umweltpolitik, die Frage der Energie- und Rohstoffsicherheit, die Terrorismusbekämpfung oder die Einwanderungspolitik. Darüber hinaus wäre eine allmähliche Auflösung der EU für den Einfluss der europäischen Staaten in der Welt ein Desaster, denn selbst wenn die Europäer gemeinsam auftreten, haben sie meist erhebliche Probleme, ihren globalen Einfluss geltend zu machen – ob bei den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds oder der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20).

Dazu kommt, dass Europas Bevölkerung altert und schrumpft. Selbst wenn man die russische Bevölkerung berücksichtigt, geht der europäische Anteil an der Weltbevölkerung von heute zwölf auf sieben Prozent im Jahr 2050 zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellten die Europäer noch 22 Prozent der Menschheit. Deutschlands Anteil an der globalen Bevölkerung betrug 1950 noch 2,7 Prozent, 2000 waren es 2,3 Prozent und 2050 werden es wahrscheinlich nur noch 0,7 Prozent sein. Die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Mitgliedstaaten Europas wird in Relation zu anderen Staaten ebenfalls abnehmen. Noch vor hundert Jahren steuerten Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich einen Anteil von 25 Prozent zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Im Jahr 2008 waren es nur noch gut zehn Prozent.

Gleichzeitig ist absehbar, dass Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Russland im 21. Jahrhundert weiter an ökonomischem und politischem Einfluss gewinnen werden. Zu ihnen werden sich weiterhin die USA gesellen, denn sie sind das einzige Land in der industrialisierten Welt, in dem die Bevölkerung auch künftig wachsen wird. 2050 werden zwischen Ost- und Westküste 440 Millionen

Menschen leben – über ein Drittel mehr als derzeit. Zerfällt die EU in egoistisch agierende Nationalstaaten, wäre der internationale Bedeutungsverlust der einzelnen europäischen Länder wohl unvermeidbar.

Es sind nicht nur diese Gründe, die dafür sprechen, am Euro festzuhalten und ihn zu verteidigen. Dazu kommen Argumente, die immer wieder gegen den Fortbestand des Euro ins Feld geführt werden, die sich aber bei näherem Hinsehen als schwerwiegende Irrtümer entpuppen. Damit sich die Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration konstruktiv gestaltet, sollte man sich auch diese Fehleinschätzungen genauer anschauen.

## **IRRTUM 1: DEUTSCHLAND IST DURCH DEN EURO DER ZAHLMEISTER EUROPAS.**

Zu einem Grundprinzip der EU gehört, den Aufholprozess wirtschaftlich schwächerer Länder zu unterstützen. Deshalb betreibt die EU seit den 1960er Jahren eine aktive Regionalpolitik, dessen Hauptinstrumente die Kohäsions- und Strukturfonds darstellen. Ziel ist es, die sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Unterschiede zwischen den Regionen Europas auszugleichen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU als Ganzes zu verbessern. In diesem Sinne bildet die EU seit über 50 Jahren eine solidarische Gemeinschaft, in der die wohlhabenderen Regionen die weniger begünstigten Regionen in ihrer Entwicklung unterstützen – dies zugunsten der nachhaltigen Entwicklung der gesamten EU. Insofern haben finanzielle Transfers zwischen den EU-Mitgliedstaaten schon immer stattgefunden.

Dies bedeutet aber nicht, dass die Bundesrepublik Deutschland alle Länder – koste es was es wolle – vor dem finanziellen Ruin retten sollte. Vor allem für Griechenland muss jetzt eine dauerhafte Lösung gefunden werden, um das Land effektiv aus dem Krisensog zu holen. Klar ist, dass schwache Regionen Europas keine unkonditionierten Unterstützungsleistungen erhalten können. Aber es muss alles getan werden, um durch investive Programme Innovationskraft und Produktivitätssprünge in diesen Ländern anzureizen.

In den EU-Verträgen ist festgeschrieben, dass weder die Union noch die Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten eines anderen EU-Landes haften. Dies soll nach wie vor gelten, auch wenn finanzielle Hilfen an Griechenland, Irland und Portugal eingeräumt wurden. Warum? Zunächst, weil diese Hilfen zurückgezahlt werden müssen. Sie sind außerdem als „Ultima Ratio“ zu verstehen, um die Stabilität des Euro als Ganzes zu schützen. Dementsprechend bilden sie keinen Präzedenzfall, nach dem geschwächte Euroländer eine finanzielle Unterstützung einfach voraussetzen können.



Durch die Schuldenkrise haben die Euroländer die Schwächen der Eurozone (unter anderem den Mangel an Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken) sowie die Fehler aus der Vergangenheit (beispielsweise den Beitritt des dafür unzureichend vorbereiteten Griechenlands in die Eurozone) klar erkannt. Beide Griechenland-Hilfen sowie der Euro-Rettungsschirm (EFSF) bzw. der ab 2013 geltende Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sollen für die Stabilität der Währungsunion als Ganzes sorgen, bis diese Schwächen und Fehler im System behoben sind.

Ziel ist, dass durch eine Stärkung der Prinzipien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (höchste Staatsverschuldung: 60 Prozent des BIP; maximales Haushaltsdefizit: drei Prozent) sowie eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken langfristig in der EU keine Notfallhilfe mehr nötig sein wird. Zurzeit arbeiten alle EU-Mitgliedstaaten, vor allem aber die Euroländer, intensiv an diesem Ziel. So einigte sich die Eurogruppe am 15. März 2011 auf eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Mit der Wachstumsstrategie „Europa 2020“, dem Europäischen Semester (womit die Haushaltsstrategien der einzelnen europäischen Länder von der EU überwacht werden) und dem Euro-Plus-Pakt zur wirtschaftlichen Koordinierung innerhalb der EU haben die Mitgliedstaaten seit 2010 zudem konkrete Instrumente entwickelt. Sie sind ein Fortschritt auf dem Weg zu einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion. Seit dem Vertrag von Maastricht (1993) hat es keine umfassenderen Revisionen der Wirtschaftsarchitektur auf europäischer und nationaler Ebene gegeben. Die Beschlüsse der letzten Monate werden dazu führen, dass sich das Gesicht der Währungsunion verändern und die europäische Wirtschaftspolitik eine größere Rolle spielen wird.

Im Übrigen bleibt zu konstatieren, dass die Kredite an Griechenland, Irland und Portugal bislang ein gewinnträchtiges Geschäft sind. Vereinfacht formuliert, leiht sich der deutsche Finanzminister an den Märkten Geld für etwa zwei Prozent und reicht es zu einem höheren Prozentsatz weiter. Deutschland würde erst dann Geld verlieren, wenn Griechenland, Irland oder Portugal mittelfristig einen Teil ihrer Kredite nicht zurückzahlen können. Die Bundesrepublik geht mit den anderen Euroländern dieses Risiko ein, um die Stabilität des Euro zu garantieren. Sie tut es also auch in ihrem eigenen Interesse. Auch wenn sie dabei Geld verlieren sollte, steht dies in keinem Verhältnis zu den zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Vorteilen, die sie aus der gemeinsamen Währung zieht und die oben genannt sind.

## **IRRTUM 2: DIE WIEDEREINFÜHRUNG DER GRIECHISCHEN DRACHME WÄRE FÜR DEUTSCHLAND BILLIGER.**

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten derzeit an einer Strategie, damit Griechenland aus dem Krisensog herauskommt. Man wird dafür viel Geduld aufbringen müssen, da es um strukturelle Probleme geht. In diesem Zusammenhang wird von manchem Kritiker ein Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone empfohlen. Dieser Vorschlag ist wenig durchdacht, denn der Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Eurozone ist zunächst nach geltendem EU-Recht nicht möglich. Ferner wäre es genauso wie ein freiwilliger Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone keine Lösung für die involvierten Akteure, insbesondere deutsche Gläubiger. Die Euro-Schulden Griechenlands, knapp 350 Milliarden Euro, würden fortbestehen, auch wenn die Drachme wiedereingeführt würde. Außerdem würde Griechenland, auch ohne den Euro, Mitglied der Europäischen Union bleiben. Das wirft Fragen auf: Könnte und sollte man existentielle Wirtschafts- und Währungsprobleme der Hellenen dann einfach ignorieren? Welche Signale gingen davon aus?

Zunächst müsste jedoch entschieden werden, wie mit der Wiedereinführung einer griechischen Währung umgegangen werden müsste: Mit welchem Wechselkurs (Euro-Drachme) würde man zurücktauschen und wie viel Prozent ihres Wertes würde die Drachme anschließend verlieren?

Der alte Wechselkurs Euro-Drachme lag bei 1:340. Wird zum alten Kurs zurückgetauscht, müsste die Regierung rund 100 Billionen Drachmen aufwenden, um die Altschulden zu tilgen. Wenn die Drachme nach Wiedereinführung einen erheblichen Teil ihres Wertes verliert (und davon müsste man ausgehen), dann würde die Staatsverschuldung noch um ein Vielfaches steigen. Es wäre Griechenland praktisch unmöglich, diesen Schuldenberg je wieder abzutragen.

Es wäre dann wahrscheinlich, dass die griechische Regierung den Staatsbankrott erklärt und mit ihren Gläubigern eine radikale Umschuldung aushandelt. Das Volumen einer solchen Umschuldung ist aber im Voraus nicht berechenbar, da es stark vom vereinbarten Wechselkurs und der Abwertung der neuen Drachme abhängt. Eine solch radikale Umschuldung würde zudem das große Risiko eines unkontrollierten Staatsbankrotts Griechenlands bergen. Eine Kapitalflucht und darauf folgende Kapitalverkehrskontrollen könnten folgen. Die Konsequenzen für andere EU-Mitglieder und vor allem für die europäischen Banken wären kaum absehbar.



Wenn also eine Umschuldung nötig ist, kann sie im Rahmen der Eurozone besser umgesetzt werden. Nur so können möglicherweise stark schwankende Wechselkurse, eine starke Abwertung und damit unnötige Risiken ausgeschlossen werden.

### **IRRTUM 3: EIN AUSTRITT AUS DER WÄHRUNGS- UNION WÄRE FÜR DEUTSCHLAND DAS BESTE.**

Eine Rückkehr zu den früheren Nationalwährungen würde zu großer Unsicherheit auf dem europäischen Kontinent und zu Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten führen. Unabhängig davon, welche Wechselkurse die Regierungen zuvor festlegen würden, würden die Finanzmärkte die Konsequenzen aus den wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den EU-Ländern ziehen. Die meisten nationalen Währungen würden gegenüber einer „neuen“ D-Mark massiv abwerten. Es gibt Schätzungen, wonach die griechische Drachme 80 Prozent an Wert verlieren würde, das irische Pfund, der portugiesische Escudo und die spanische Peseta jeweils rund die Hälfte. Die italienische Lira würde um 25 Prozent einbrechen und selbst der französische Franc um 15 Prozent nachgeben.

Diese Abwertung hätte den positiven Effekt, dass Konsumgüter aus dem Ausland und Rohstoffe billiger würden. Auch ihre Reisefreude könnten die Deutschen noch besser ausleben, da mehrere EU-Länder zum „Billigparadies“ würden. Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Denn eine Abwertung der neu eingeführten nationalen Währungen in Europa würde zwangsläufig auch eine Aufwertung der „neuen“ D-Mark bedeuten. Auch gegenüber dem Dollar würde die „neue“ D-Mark zulegen. Deutsche Produkte würden im Ausland deutlich teurer werden: Ein massiver Rückgang der deutschen Wettbewerbsfähigkeit mit Folgen für unsere Exporttätigkeit und dadurch für das deutsche Wirtschaftswachstum und unseren Arbeitsmarkt wären die Folge.

So sehr das Qualitätssiegel „Made in Germany“ weltweit anerkannt ist, Preissteigerungen von 20 bis 50 Prozent kann kaum ein Exporteur durchsetzen, schon gar nicht binnen kurzer Zeit. Die deutschen Firmen würden versuchen, ihre Preise im Ausland halbwegs stabil zu halten. Dafür müssten sie ihre Produktion verlagern oder ihre Kosten im Inland reduzieren. Beides würde zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen. Anders als dies im Zuge der Finanzkrise gewesen ist, würden diese Jobs langfristig wegfallen, denn es wäre ein dauerhaftes, strukturelles Problem und kein vorübergehendes, konjunkturelles Phänomen.

Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen – die Deutschen würden einen hohen Preis für den Ausstieg aus dem Euro zahlen. Die Einführung eines „Nord-Euro“ und eines „Süd-Euro“ hätte für die Bundesrepublik ähnliche ökonomische Konsequenzen, denn auch hier ist mit einer Aufwertung des dann in Deutschland geltenden „Nord-Euro“ zu rechnen mit den eben beschriebenen Folgen für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit.

Hinzu kommt, dass viele Deutsche große Vermögen im europäischen Ausland haben. Ihre Versicherungen, Banken oder Investmentfonds haben große Beträge dort investiert. Wertet die D-Mark auf, verlieren diese Anlagen an Wert. Es existieren Berechnungen, wonach ein D-Mark-Plus von 20 Prozent zu einem Vermögensverlust der Deutschen von 160 Milliarden Euro führen würde. Die Rückkehr zur alten Währung könnte sich für manchen als immenser Wertverlust und damit als Gegenteil dessen erweisen, was man sich davon verspricht.

### **FAZIT**

Für Deutschland gilt es, sowohl die politischen Konsequenzen als auch die wirtschaftlichen Kosten eines Auseinanderbrechens der Währungsunion zu bedenken. Beides muss den Aufwendungen für die Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise gegenübergestellt werden. Fest steht, dass trotz aller Probleme und gegenwärtigen Herausforderungen eine reflexartige Ablehnung der Währungsunion keine zukunftsfähige Lösung darstellt. Betrachtet man das ganze Bild, sind die Alternativen zum Euro nicht nur teurer, sondern bergen unvorhersehbare Risiken. Die Antwort auf die Leitfrage des Beitrages kann also nur lauten: Wir brauchen den Euro, weil er die Grundlage des zukünftigen Wohlstandes in einem geeinten Europa ist.